

**Pressemitteilung**  
27. Oktober 2016

83 Milliarden Euro Rentenlücke  
**Bedingt demografiefähig**

**Deutschland steht ein demografischer Wandel bevor; das ist bekannt, unbestritten und auch auf absehbare Zeit nicht zu ändern. Während bis 2040 die Zahl der über 65-Jährigen um über sechs Millionen zunimmt, schrumpft die „erwerbsfähige“ Bevölkerung um sieben Millionen Personen. Die Folgen sind abseh- und abzählbar: im öffentlichen Gesamthaushalt werden 2040 rund 144 Milliarden Euro fehlen. Das größte Loch reißt die gesetzliche Rentenversicherung.**

Berlin – Im Jahr 2040 werden in Deutschland 38,2 Millionen Nettozahler ganz oder teilweise den Lebensunterhalt von 41 Millionen Nettoempfängern finanzieren müssen. Zum Vergleich: derzeit ist das Verhältnis noch anders herum, 44,8 Millionen Nettozahlern stehen 36,4 Nettoempfänger gegenüber. Diese Entwicklung hat weitreichende Folgen für den öffentlichen Gesamthaushalt, insbesondere für die Rentenkassen. Insgesamt beträgt der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte im Jahr 2040 nach Berechnungen von **Prognos** 144 Milliarden Euro. Davon entfallen 36 Milliarden auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), 13 Milliarden auf die Pflegeversicherung und zehn Milliarden Euro fehlen in den Kassen der Gebietskörperschaften. Zur Finanzierung der gesetzlichen Rente fehlen weitere 83 Milliarden Euro. Würde die Regierung, wie momentan diskutiert, das Rentenniveau auf heutigem Niveau festschreiben, erhöhte sich die Finanzierungslücke um weitere 20 Milliarden auf 103 Milliarden Euro (alle Zahlen sind wachstums- und kaufkraftbereinigt, d.h. sie entsprechen heutigen Euro-Werten). Im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** hat Prognos auch untersucht, wie sich bis zum Jahr 2040 die Gesamtbelastungen entwickeln werden. Demnach müssten die Beitragssätze der Sozialversicherungen von heute zusammengerechnet 39,5 auf 49,2 Prozent steigen – im Falle eines konstanten Rentenniveaus sogar auf 52 Prozent.

Angesichts dieser Prognosen appelliert der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, eindringlich an die verantwortlichen Politiker in Bundesregierung und Bundestag. „Auch ohne zusätzliche Belastungen drohen die Beitragssätze der Sozialversicherungen völlig aus dem Ruder zu laufen.“ Die gegenwärtig gut gefüllten Kassen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die heute 20- bis 60-Jährigen schon bald vor einer riesigen Finanzierungslücke stehen werden. Diese Lücke müsse generationengerecht geschlossen werden. „Ein höheres Rentenniveau, eine kostspielige Angleichung der Ost-Renten oder zusätzliche Ausgaben für die Mütterrente mögen aus Sicht von Wahlkampfstrategen eine verlockende Idee sein, führen aber genau in die falsche Richtung. Wer unser Rentensystem funktionsfähig und gerecht halten will, muss die betriebliche und private Vorsorge stärken und das Renteneintrittsalter angemessen anheben.“

Auch die Wissenschaftler von Prognos warnen vor weiteren Belastungen. „Der demografische Wandel nimmt erst in den nächsten Jahren spürbar an Fahrt auf. Finanzierungsdefizite in den staatlichen Haushalten drohen bereits ab den 2020er Jahren. Das in unserer Studie betrachtete Jahr 2040 markiert nur die Spitze des Eisbergs. Wer vor diesem Hintergrund neue Leistungen und Ausgaben verspricht, sollte rechtzeitig über deren Finanzierung nachdenken.“

**Die vollständige Studie mit zahlreichen Grafiken sowie die INSM Position zur Rentenpolitik finden Sie unter [www.insm.de](http://www.insm.de).**

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)